

17. März 2021

Fraktionserklärung SVP zum Top 20 / Geschäftsnummer 2021/40

Geschäftsordnung des Gemeinderates – (Gescho GR) Totalrevision

Der Gemeinderat berät heute die Geschäftsordnung des städtischen Parlamentes. Rund 60 Anträge stehen zur Debatte. Die Totalrevision war auf Grund der Änderungen des Gemeindegesetzes und der Gemeindeordnung notwendig. Die SVP fordert die Einführung einer **Fragestunde**, wie sie in zahlreichen Parlamenten üblich ist. Ein Parlament muss auch zu aktuellen Themen Fragen stellen können und zeitnah eine Antwort erhalten. Mit der mündlichen Beantwortung reduziert dies den administrativen Aufwand wie dies bei sonstigen Anfragen der Fall wäre.

Die SVP fordert, wenn Ratsmitglieder **Vorstösse** einreichen, dass diese gleichberechtigt sind. Dies sind maximal drei Ratsmitglieder. Leider lehnt die Mehrheit diesen Antrag ab. Wenn die Verfahrensrechte nur beim erstunterzeichnenden Ratsmitglied sind, führt dies zu paradoxen Situationen. Am Schluss müssen sie ihren eigenen Vorstoss ablehnen, wenn das erstunterzeichnende Ratsmitglied einer Textänderung zustimmt, die gegen den Willen der anderen Unterzeichnenden ist. Wer einen Vorstoss gemeinsam unterzeichnet und miteinreicht, teilt nach unserer Auffassung die Rechte des Vorstosses, wie das bei Vertragsunterzeichnung üblich ist.

Die SVP bedauert, dass den anderen Fraktionen der Mut für Veränderungen bei den **Kommissionen** fehlt. Die SVP hat zwar Aspekte der anderen Parteien aufgenommen und stellt nun einen Kompromissantrag. Wenn aber bei einer Kommission zwei unterschiedliche Departemente zusammengelegt werden können, kann dies auch beim Stadtrat so gehandhabt werden. Die SVP wird dies weiterverfolgen.

Die SVP lehnt mehr **Geld** für die **Fraktionen** ab. Eine Minderheit will mehr Geld für die Fraktionen und damit kann eine **50% Stelle** bezahlt werden. Eine solche Forderung ist absolut unverständlich und greift in die Freiheit und Unabhängigkeit der Fraktionen ein. Was denken wohl die Bürgerinnen und Bürger und Gewerbetreibende, wenn sich das Parlament mehr Geld auf Kosten der Steuerzahler zusprechen möchte?

Die SVP fordert, dass die **Entschädigungsverordnung (EntschVO)** dem **fakultativen Referendum** untersteht und dies in der Gescho GR ebenfalls verankert wird. Der Auslöser für diesen Antrag ist der Kantonsrat. Dieser hat sich selber nicht nur das Sitzungsgeld erhöht, sondern die Grundentschädigung gleich auf 12'000 Franken verdreifacht. Diese exorbitante Erhöhung sehen wir als Unverschämtheit gegenüber den Steuerzahlenden an. Das Volk durfte nicht mitentscheiden, das muss im Gemeinderat sichergestellt sein.

Eine **Kleiderordnung** sollte eigentlich nicht notwendig sein. Das Ratspräsidium hat eine wichtige repräsentative Funktion und ist Würdenträger der Stadt Zürich. Die Kleidung soll bei repräsentativen Auftritten angemessen sein. Die Mehrheit lehnt diesen SVP-Antrag ab und ist in der Verantwortung.

Interpellationen werden ohne Ratsbeschluss abgeschrieben, wenn der Rat sie nicht innert zweier Jahre nach ihrer Einreichung abschliessend behandelt hat. Die SVP beantragt die Streichung dieser unfairen Regelung. Die Mehrheit – zur Zeit rot-grün – kann ihre Vorstösse dringlich erklären lassen. Interpellationen haben den Zweck, diese im Rat zu diskutieren.

Weitere Auskünfte:

Roger Bartholdi, Gemeinderat und Fraktionspräsident der SVP
Stephan Iten, Gemeinderat und Büromitglied

076 566 00 66
079 763 41 62

SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich

Die SVP sagt nein zum Rohrkrepiierer **Kindervorstoss**. Drei neue Artikel mit insgesamt 14 Abschnitten definiert das komplizierte und langwierige Konstrukt, welches die Mitwirkung zum ad absurdum führt. Dieser Vorstoss ist für die politische Beteiligung Kinder und Jugendliche kontraproduktiv. Es stehen genügend sinnvollere, effizientere Wege zur Verfügung.

Die SVP lehnt den Antrag einer Minderheit ab, wonach die **Ratssitzung tagsüber** stattfinden soll und dadurch die Teilnahme für viele berufstätige Personen verunmöglicht. Ebenso eine Verschiebung auf einen anderen Wochentag lehnt die SVP ab.

Die SVP ist dafür, den Aufwand des Rates zu reduzieren und das **substantielle Protokoll** zu beenden. Es stehen mit Audio-Protokoll und sogar Bild und Ton-Aufnahmen genügend Alternativen zur Verfügung.

Der in letzter Sekunde eingereichte Antrag zur Einführung einer **reduzierten Debatte** von SP und AL ist ein Maulkorb. In der Debatte könnte dann höchstens noch ein Ratsmitglied pro Fraktion sprechen. Quartiervertreter oder andere Kommissionmitglieder könnten sich nicht einmal zum Geschäft äussern. Die SVP hätte Hand geboten dieses Instrument zuerst auszutesten, als nun Hals über Kopf verbindlich einzuführen.

Trotz einiger Bedenken wird die SVP dieser Revision zustimmen.

Weitere Auskünfte:

Roger Bartholdi, Gemeinderat und Fraktionspräsident der SVP
Stephan Iten, Gemeinderat und Büromitglied

076 566 00 66
079 763 41 62